

Antifaschistisches Pressarchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Blz: 100 500 00/Kto-Nr.: 067001778

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 15, 27. Juli 2000

A 13861

rechts

Einblicke

Heuchlerisch

Von Heiner Lichtenstein

Es ist immer wieder dasselbe. Zuerst heißt es, man habe mit der NS-Zeit und ihren Verbrechen nichts zu tun. Dann geht irgendjemand der Angelegenheit nach und schon erweist sich: Es gibt keine Organisation, Gruppe, Einrichtung oder Instanz ohne braunen Schatten. Justiz, Wehrmacht, Reichsbahn, Rotes Kreuz, Finanzverwaltung, Polizei - um nur einige zu nennen - und nun also die Kirchen.

Die evangelische Kirche ist von sich aus aktiv geworden, hat ihre Archive durchforstet, schnell herausgefunden, dass auch ihre Einrichtungen Zwangsarbeiter beschäftigt haben und ist dem Entschädigungsfonds sofort beigetreten. Klar, dass danach auch die katholische Kirche ins Gebet genommen werden würde. Gefragt, ob sie sich am Fonds beteiligen werde, antwortete der Sprecher der Bischofskonferenz, man müsse erst die Akten studieren. Einige Ergebnisse lagen rasch vor, nicht einmal die schienen auszureichen, um endlich mitzumachen. Es wurden Kommissionen eingesetzt. Was die untersuchen sollen, muss einem Christenmenschen unerfindlich bleiben. Es geht gar nicht um die Frage, in welchem Umfang sich jemand an der Menschenschinderei beteiligt hat. Es handelt sich vielmehr um eine nationale Aufgabe, der sich niemand entziehen sollte. Jeder Einzelne von uns wird ohnehin über die fünf Milliarden Mark aus der Bundeskasse mit mehr als 90 Mark zur Kasse gezwungen, was gut ist.

Kirchen verstehen sich unter anderem als Hüter der Moral. Wer das nicht befolgt, ist in der Augen der Öffentlichkeit ein Pharisäer, verhält sich also heuchlerisch. Diesen Vorwurf scheint sich die Bischofskonferenz offenbar nicht machen zu wollen. Sie prüft ja. Aber genau deshalb muss ihr dieser Vorwurf gemacht werden. Beschlossen die Bischöfe jetzt, dem Beispiel ihrer evangelischen Amtsbrüder zu folgen, wäre das zwar spät, aber in Ordnung. Weil sie es nicht tun, schaden sie sich selbst, was ihre Sache ist. Sie beschädigen aber auch das Ansehen unseres Landes, was wir lange im Gedächtnis behalten sollten.

Bündnis für Demokratie

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse fordert mehr Engagement der demokratischen Kräfte gegen Rechtsextreme.

Seite 2 ■

Übliche Klagelieder

Mit Krisenerscheinungen der Gesellschaft und der Moderne insgesamt will sich die Sommeruniversität des rechten Instituts für Staatspolitik befassen.

Seite 4 ■

„Volksfeinde“ im Visier

Die offiziell abgestrittene Düsseldorfer Neonazi-Szene treibt sehr agil ihr Unwesen.

Seite 6 ■

Rassisten im Fernsehen

US-amerikanische Rechtsextremisten strahlen über Kabel ihre eigenen Radio- und TV-Sendungen aus.

Seite 9 ■

Stilles Heldentum

Der evangelische Gefängnispfarrer Harald Poelchau riskierte in der Nazi-Zeit sein Leben, um anderen zu helfen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Demokratische Initiativen

Demokratische Strukturen in die Köpfe*Von Wolfgang Thierse*

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat sich bei mehreren Besuchen in ostdeutschen Orten ein Bild über rechtsextreme Aktivitäten gemacht und Beispiele demokratischer Gegenwehr erkundet. In einem Beitrag für den „blick nach rechts“ schildert Thierse seine Erlebnisse, zieht Schlussfolgerungen und zeigt Wege auf, den zunehmenden Rechtsextremismus zu stoppen.

Die Berichterstattung über Rechtsextremismus in Deutschland unterliegt einer fatalen „medialen Konjunktur“. Immer dann, wenn irgendwo in Deutschland Ausländer attackiert, verprügelt oder gar totgeschlagen werden, dann wird ausführlich, ja beinahe hysterisch über die brutale braune Brut geschrieben, werden Bilder grölender Nazis aus den Fernseharchiven geholt. Für ein paar Tage scheint die Republik gelähmt von der Frage „Was ist los mit unserer Jugend in Ostdeutschland?“ Denn meistens sind die Täter sehr jung und der Großteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten lebt in Ostdeutschland.

Dann ist es wieder still. Fragen nach Ursachen und Gegenstrategien scheinen vergessen. Aber Städtenamen wie Rostock, Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Guben oder Dessau haben sich in unsere Erinnerung eingebrannt und sind auf Jahre untrennbar mit Gewaltexzessen verbunden.

In diesen Städten leben jedoch auch andere Bürgerinnen und Bürger. Jene, die sich mutig und couragiert rechtsextremistischen Entwicklungen entgegenstellen und für demokratische Werte eintreten. Über sie wird selten berichtet, denn ihre Erzählungen und ihr mühsames Engagement sind weniger spektakulär. Dabei brauchen sie dringend öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung!

Aus diesem Grund besuche ich regelmäßig Bürgerinitiativen, Jugendclubs und Schulen und diskutiere mit jungen Menschen, mit Pädagogen und Kommunalpolitikern über die Situation vor Ort. Mich interessiert, ob beispielsweise das Projekt Schule ohne Rassismus am Friedrich-Gymnasium in Frankfurt/Oder tatsächlich dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler ausländerfeindliche Vorurteile ablehnen und aktiv bekämpfen. Oder ob die deutsch-polnischen Aktivitäten in Guben ein

weltoffeneres Klima in der Stadt bewirken. Was ändert sich durch die verschiedensten Aktivitäten, durch Zivilcourage und Aufklärung?

Vor kurzem war ich in Sachsen unterwegs, in Hoyerswerda und Wurzen. Hoyerswerda hat 1991 schlimme Ausschreitungen vor einem Asylbewerberheim im so genannten Wohnkomplex Neun erlebt. Neonazis vereint mit „ganz normalen“ Bürgern haben Steine und Stahlkugeln gegen das Haus geschleudert, Anwohner standen daneben und haben Beifall gejubelt. Über mehrere Tage dauerten diese beschämenden Ausschreitungen. Vor einigen Wochen habe ich mit den Leiterinnen der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA), mit dem Oberbürgermeister, Schulleitern und Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU über Aktivitäten gegen rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen gesprochen.

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Hoyerswerda ist beeindruckend. Es gibt zahlreiche ambitionierte Projekte, etliche multikulturelle und antirassistische Veranstaltungen oder Reisen ins benachbarte Tschechien. Doch im Gespräch mit Schülern habe ich eine merkwürdige Beobachtung gemacht: Keiner von den Jungen und Mädchen wusste, wie viele Ausländer in ihrer Stadt leben. Asylbewerber leben seit den Ausschreitungen nicht mehr in Hoyerswerda, aber rund 500 Aussiedler, Türken und Italiener. Von rund 50 000 Einwohnern in Hoyerswerda sind 500 Ausländer, also ein Prozent der Bevölkerung. Die Schätzungen der Jugendlichen lagen weit darüber. Woher kommt diese Fehleinschätzung? Klare Fakten zur Widerlegung von Vorurteilen sind nicht bekannt. Aber hier muss Aufklärung ansetzen. Bei rund einem Prozent Ausländeranteil ist es doch absurd, davon zu sprechen, dass Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen! Doch

das habe ich auch in dieser Runde immer wieder gehört. In Ostdeutschland gibt es Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer.

Der Semperekreis in Dresden organisiert unter dem Motto „Für Demokratie Courage zeigen“ eigenständig Projektstage für Schulen zum Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, für die ich die Schirmherrschaft übernommen habe. Die Jungen und Mädchen gehen in Schulklassen und diskutieren mit ihren Altersgenossen, den Schülerinnen und Schülern, über Gründe für Flucht und Migration. Ein wichtiger Ort der Wissens- und Wertevermittlung ist eben die Schule.

In Wurzen habe ich zum ersten Mal ein ausgesprochen feindliches Klima gegenüber jungen Leuten erlebt, die der rechten Alltagskultur eine Alternative entgegensetzen wollen. Die Mitglieder vom Netzwerk demokratische Kultur organisieren Fahrten nach Theresienstadt, zeigen Filme wie Schindlers Liste oder laden Kinder von Aussiedlerfamilien zum Gespräch ein. Ihr Engagement wird hauptsächlich von Außen unterstützt. Gelder fließen von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Herbert-Wehner-Bildungswerk oder der Amadeu-Antonio-Stiftung. Zuspruch und Ermutigung erfahren sie nur selten vor Ort. Dabei sind alle Anstrengungen unerlässlich, denn Wurzen wird regelmäßig im sächsischen Verfassungsschutzbericht erwähnt. 1996 galt die Stadt mit 17 000 Einwohnern als ein regionaler Schwerpunkt der sächsischen Skinheadszene.

Im Gespräch mit dem Landrat, der Leiterin des Jugendamtes, verschiedenen Stadträten und Lehrern wurde sehr deutlich, dass es eine starke Abwehr gibt, das Problem des Rechtsextremismus überhaupt beim Namen zu nennen. Landrat und Jugendamtsleiterin sprachen vom Extremismus allgemein.

Das beobachte ich immer wieder: Häufig kann bei uns nicht über alltägliche Gewalt vor allem von Rechts geredet werden, ohne dass über zurzeit viel weniger häufig zu beobachtende Gewalt von Links geredet werden muss. In Guben in Brandenburg hat diese Haltung dazu geführt, dass nach der tödlichen Hetzjagd auf einen algerischen Asylbewerber ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus verhindert wurde, weil es sich nach Meinung vieler Kommunalpolitiker auch gegen Links richten müsse. Im Februar war ich dort und im Gespräch erklärte man mir auf hartnäckiges Nachfragen, dass

es in Guben gar keine linksextrem motivierten Gewalttaten gibt.

Diese Logik schafft ein Klima, in dem sich Rechts-extreme sicher fühlen können. Aber nur wenn in den Gemeinden ein öffentlicher Diskurs über Rechtsextremismus zugelassen wird, gibt es auch die Möglichkeit, Rechtsextremen in der Stadt das Handwerk zu legen!

Ich bin Schirmherr der Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin, die zahlreiche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt. Sie fördert zivilgesellschaftliches Engagement in den neuen Bundesländern und versucht, Probleme engagierter Bürgerinnen und Bürger offen zu legen. Das ist der richtige Ansatz, denn wir alle sind in der Pflicht, uns nicht der falschen Faszination durch die Täter hinzugeben, sondern auf die zu schauen, die sich mühsam und teilweise auch unter der Bedrohung durch Rechtsextreme für die Demokratie engagieren und Zivilcourage zeigen.

■ Rechtsextremen das Handwerk legen ■

Unter anderem unterstützt die Stiftung regelmäßig das Jugendzentrum „Bruchbude“ in Milmersdorf in der Uckermark. Dort ist Jugendzentrumsleiter Filippo Smaldino aktiv, den ich besucht habe. Milmersdorf und Templin gelten als rechtsextreme Hochburgen, die Jugendkriminalität liegt hier weit über dem Landesdurchschnitt. Die Jugendlichen, die in die „Bruchbude“ gehen, sind zu 90 Prozent rechts eingestellt. Die akzeptierende Jugendarbeit ermöglicht, dass alle ungeachtet ihrer Einstellungen den Club besuchen dürfen. Aber - und das ist entscheidend -, sie müssen rechtsstaatliche Grenzen einhalten. Herr Smaldino selbst hat Jugendliche angezeigt, weil sie in Diskussionen volksverhetzende Parolen skandiert haben. Bewährungs- und Geldstrafen zeigen ihnen deutlich, dass rassistische und rechtsextreme Einstellungen strafbar sind. „Wir müssen bei unseren Jugendlichen erst demokratische Strukturen in den Köpfen schaffen“, hat mir Herr Smaldino erklärt.

Demokratische Strukturen schaffen - das ist eine klare Herausforderung für uns alle: Wir müssen vor Ort, dort wo autoritäre Gruppen die Öffentlichkeit zu beherrschen drohen, die demokratischen Kräfte stärken. Ich wünsche mir, Gewerkschafter, Pfarrer, aber auch Sportler, Künstler und Schriftsteller würden hier sehr viel stärker mitmachen und ein Bündnis für unsere Demokratie gründen.

Hintergrund**Die Krise als Thema**

Bei der Sommeruniversität des rechten Instituts für Staatspolitik stehen die üblichen Klagelieder auf dem Programm. Schon personell ist die Verknüpfung zur „Jungen Freiheit“ unübersehbar.

Lang, lang ist's her. Die mit viel Vorschusslorbeeren ins Leben gerufene Sommeruniversität der „Jungen Freiheit“ (JF) musste bereits nach wenigen Auflagen wegen organisatorischer Mängel und fehlenden Zuspruchs eingestellt werden. Schnell machte sich negativ bemerkbar, dass die Wochenzeitung mit der Trennung von ihren Lesekreisen den eigenen Unterbau gekappt hatte. Die Dissidenten, die der JF nun offiziell zu rechts waren und einer Kontaktsperre unterzogen wurden, organisierten die Freie Deutsche Sommeruniversität um die ehemaligen JF-Mitarbeiter Hans-Ulrich Kopp und Winfried Knörzer, die wiederum keinerlei Wert mehr auf eine Zusammenarbeit mit JF-Chef Dieter Stein legten, da ihnen dessen Zeitung inzwischen „herunterliberalisiert“ erschien.

Im August soll nun eine weitere Sommeruniversität ihre erste Auflage erleben. Wieder ist die Verbindung zur „Jungen Freiheit“ nicht zu übersehen. Schon im Vorfeld wurde das Blatt werbend aktiv; die Protagonisten und Referenten gehören zum größten Teil zum Mitarbeiterstamm. An einem ungenannten Ort in Thüringen sollen zwischen dem 17. und 20. August wesentliche Krisenerscheinungen der Gesellschaft und der Moderne insgesamt untersucht werden. Die üblichen und bekannten Klagelieder von den in diesem Umfeld (fast) zu erwartenden notorisch Klagenden eben. Der Südafrikaner Stephan Maninger schreibt für die JF und klagt bei der Sommeruni über die „Volkskrise“. Bisher war der promovierte Politologe vor allem als Referent beim rassistischen Hilfskomitee Südliches Afrika aufgefallen. JF-Autor Baal (eigentlich: Christian) Müller spricht, passend zum Nietzsche-Jahr, über „Nietzsches Krisen“, JF-Mitarbeiterin Ellen Kositzka über „Die Krise der Geschlechter“, wobei für sie allein die Mutterschaft die Erfüllung der Weiblichkeit darstellt. Krisen über Krisen. Der Berliner Philosophie-Professor Reinhart Maurer, auch er gelegentlich für die JF tätig, spricht - wie üblich - über die ökologische Krise, sein Kollege an der FU Berlin, der Medi-

zinsoziologe Alexander Schuller, behandelt „Die Krise des Menschenbildes“. Er referierte in der Vergangenheit unter anderem bei der der Mun-Sekte nahestehenden Studentenorganisation CARP und beim Bund Freier Bürger.

Der niedersächsische Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann schließlich nimmt sich einer zentralen Kategorie der gesamten Rechten in ihren unterschiedlichen Familien seit mehr als hundert Jahren an, indem er Begriff und Bedeutung der „Dekadenz“ untersucht. Nicht zuletzt an der Behandlung dieses Themas wird deutlich, dass die Protagonisten des Unternehmens nachdrücklich durch Armin Mohler beeinflusst sind, der nicht nur an dieser Stelle auf Georges Sorel zurückgreift. „Dekadenz“ in diesem Weltbild bedeutet Abkehr von der Wirklichkeit, bedeutet mit der Abkehr von der Realität auch den Verlust der Initiative. Der von Mohler gescholtene „Gärtnerkonservatismus“ der sechziger und siebziger Jahre der Bundesrepublik hatte - so die Analyse - seine Aktionsfähigkeit verloren, das Gesetz des Handelns aus der Hand gegeben. Der Machtverlust an die sozialliberale Koalition war demnach eine quasi logische Folge. Eine vergleichbare Entwicklung sehen Weißmann und seine Freunde heute am Werk. Die Union habe 1998 im Bund die Macht verloren, da ausschließlich Machterhalt ihr letztlisches Ziel gewesen sei, sie somit nur noch reagiert habe. Genau dies aber ist ein sicheres Kennzeichen für Dekadenz. Während der konservative Sozialphilosoph Günter Rohmoser 1985, also nicht lange nach der Regierungsübernahme durch die Union unter Helmut Kohl, über ein „Debakel“ lamentierte, und die CDU fragte: „Wo bleibt die Wende?“, die versprochene geistig-moralische nämlich, soll bei der Sommeruni nicht nur gejamert, sondern durch die Analyse der Dekadenz die Mittel zu ihrer Überwindung in die Hand gegeben werden.

Der an Mohler geschulte Weißmann ist nicht nur eine zentrale Person bei der anstehenden, auf eine Teilnehmerzahl von 40 Personen beschränkte Sommeruni, sondern zugleich Motor des Veranstalters des Seminars, des neugegründeten Instituts für Staatspolitik. Diese Einrichtung mit Sitz im hessischen Bad Vilbel soll an erfolgreiche Vorbilder der Denkfabriken der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik anknüpfen und - so die eigene Vorstellung - eine Art von Reemtsma-Institut von rechts werden. Doch auch hier beginnen die üblichen Klagen schon, noch bevor die eigentliche Arbeit richtig angefangen hat. Lediglich für die er-

sten ein, zwei Veranstaltungen sei die Finanzierung gesichert, dann müsse man sehen, wo die Mittel für die weitere Arbeit herkämen. Auch zur Durchführung der Sommeruni werden noch Mäzene gesucht, denn bei einer Eigenbeteiligung von 120 DM soll jeder Platz mit 200 DM bezuschusst werden, um den konservativ-revolutionären Nachwuchs nicht abzuschrecken.

Es ist auffällig, dass zwei der drei Protagonisten des Instituts für Staatspolitik in der Vergangenheit als Aktivisten der völkischen Korporation Deutsche Hochschulgilde hervorgetreten sind, deren Vorläufer in der Zwischenkriegszeit zum Spektrum der Konservativen Revolution gehörte. Heute ist die Nähe der Gildenschaft zum völkischen Flügel der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht zu übersehen. So fand der diesjährige „Gildentag“ wieder einmal im „Heiligenhof“ in Bad Kissingen, dem Schulungszentrum der Sudetendeutschen Landsmannschaft, statt. Neben Weißmann (Gilde Trutzburg Jena zu Göttingen) handelt es sich beim zweiten Mitglied des Gründungskollegiums um Götz Kubitschek (Gilde Hermann Löns zu Hannover), der 1997 Aktionen gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ in Frankfurt/Main koordinierte und seit 1996 zweiter Vorsitzender und Aktivensprecher der Hochschulgilde war. Mit Weißmann und Ellen Kositzka gemeinsam hat er unlängst ein Buch zum 80. Geburtstag Armin Mohlers („Lauter Dritte Wege“), des Bibliographen der Konservativen Revolution, veröffentlicht. Erschienen ist das Bändchen als erste Publikation einer Edition Antaios, deren Adresse keineswegs zufällig mit der des Instituts für Staatspolitik identisch ist. Der dritte Akteur im Gründungskollegium ist der Rechtsanwalt Stefan Hanz, der für juristische Fragen zuständig ist und das Treuhandkonto in Leipzig betreut. Hanz war in der Vergangenheit als Autor der einschlägigen Zeitschriften „Criticón“ und „Etappe“ hervorgetreten.

Der nächste Band aus dem Umfeld des gerade gegründeten Instituts jedoch, das ist bereits festgelegt, wird in fremde Hände gegeben werden. In nicht völlig fremde allerdings, denn es soll sich um die Edition Junge Freiheit handeln, die Buchreihe zur Zeitung. Vorgesehen ist die Veröffentlichung der Referate einer Podiumsdiskussion, die das Institut am 16. September in Berlin durchführen will. Zum Thema „Libertäre, Konservative, Neue Rechte“ sollen dort die „üblichen Verdächtigen“ sprechen, die wiederum durch ihre Person die Nähe zum Zeitungsprojekt „Junge Freiheit“ unterstreichen. Wenn man bedenkt, dass JF-Chefredakteur Dieter

Stein selbst Gildenschafter (Gilde Balmung zu Freiburg) ist, mag man nicht an einen Zufall glauben. Neben Karlheinz Weißmann sollen auf dem Podium vertreten sein der marktradikale Hayek-Schüler Roland Baader, der inzwischen auch in den eigenen Reihen umstrittene Kopf der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, sowie der österreichische Historiker Prof. Lothar Höbelt, ein profilierter Kritiker der FPÖ von rechts und zuletzt als Festredner beim Burschen- und Altherrentag der Deutschen Burschenschaft in Eisenach hervorgetreten. Selbstverständlich schreiben alle Referenten auch für die „Junge Freiheit“.

■ Reemtsma-Institut von rechts ■

Und so wie die JF Grund zum Klagen hat, da ihre hochfliegenden Pläne nach dem neuerlichen kläglichen Scheitern der Abo-Kampagne, bei der statt 2 000 angestrebter Neu-Abos bis Ende März lediglich knapp 1 300 netto bis Ende Juni erreicht wurden, erst einmal auf Eis gelegt werden müssen, so stehen die Klagen im Zentrum der Vorstellung des Projekts „Institut für Staatspolitik“. In einem Punkt, so heißt es, sei man mit den Interessenten sicher einer Meinung: „Deutschland befindet sich in einer existentiellen Krise“ und „solche Krisen fallen nicht vom Himmel“. „Den letzten Rest seines politischen Selbstbehauptungswillens“ habe Deutschland verloren. Die Gründe sind selbstverständlich in den Folgen der „Kulturrevolution von 1968“ zu suchen. „Bildungspolitische Strukturfehler“, „68er-Pädagogik“, die „Spaßschule“, „irgendwelche undefinierten Bildungsinhalte“ hätten auf ein gemeinsames Ziel zugesteuert: „Positives Nationalbewusstsein und der Glaube an die Zukunft der eigenen Nation wird jungen Menschen systematisch ausgetrieben.“ Die „Wehrmachtsausstellung“ sei ein Musterbeispiel dafür und habe die junge Generation „ihren Großvätern entfremdet“.

Die „linken Meinungsführer“ hätten allerdings, so der Befund, den Bogen überspannt. Die daraus resultierende Unzufriedenheit wollen die Initiatoren des Instituts für Staatspolitik aufgreifen. Und rufen prompt als erstes nach Unterstützung, legen also gerade die beklagte „Versorgungsmentalität“ selbst an den Tag, sind nicht bereit, ein Risiko einzugehen. „Skepsis ist angesagt“, urteilt ob dieser Situation selbst die nahe stehende „Junge Freiheit“. Sie hat schließlich Erfahrung damit, dass häufig auf hochfliegende Pläne umgehend die Ernüchterung folgt.

Jean Cremet

Aktivitäten**Gefestigte Strukturen**

Die offiziell bestrittene Düsseldorfer Neonazi-Szene ist äußerst aktiv.

Noch Glück im Unglück hatten zwei nichtdeutsche Mitbürger am Abend des 3. Juli in Düsseldorf. Auf dem S-Bahnhof Derendorf wurden sie von einer siebenköpfigen Gruppe neonazistischer Skinheads, darunter zwei 17-jährige Frauen, angegriffen. Eines der Opfer wurde auf die Schienen gestoßen und anschließend mit Fußtritten traktiert. Die von einer Anwohnerin herbeigerufene Polizei konnte die Gruppe noch vor Ort festnehmen. Gegen die fünf männlichen Angreifer im Alter von 18 bis 23 Jahren aus Düsseldorf, Langenfeld, Leverkusen und Mönchengladbach wurde von der Oberstaatsanwaltschaft Düsseldorf ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Haftbefehle wurden jedoch nicht erlassen. Ein versuchtes Tötungsdelikt liegt nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht vor, da „weit und breit kein Zug in der Nähe“ gewesen sei. Vergleichbare Vorfälle seien aber seit Jahren nicht mehr vorgekommen. Eine organisierte Neonaziszene sei in Düsseldorf zudem nicht vorhanden. Einräumen mussten die Ermittlungsbehörden allerdings, dass die Gruppe auf dem Heimweg vom Proberaum ihrer Band „Reichswehr“ war. Drei der festgenommenen Personen seien Mitglieder der Band.

Schon seit Jahren wird die Existenz einer neonazistischen Szene in Düsseldorf von offizieller Seite abgestritten. Eine solche Szene passt eben nicht in das gewünschte Bild einer „weltoffenen und toleranten“ nordrhein-westfälischen Hauptstadt. Dennoch gibt es sie und nicht einmal der polizeiliche Staatsschutz selbst dürfte geschlossen hinter der Mär von der Nichtexistenz stehen. Auch der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz schreibt in seinem aktuellen Bericht, dass in Düsseldorf „gefestigtere Neonazistrukturen“ existieren würden.

Seit Mitte der neunziger Jahren agiert die heute von Sven Skoda geleitete „Kameradschaft Düsseldorf“, die aus dem Kreisverband der verbotenen FAP hervorgegangen ist und seit 1994 das „Nationale Infotelefon Rheinland“ betreibt. Das „NIT Rheinland“, das die ersten drei Jahre von Udo Birr betrieben und 1997 von Jörg Wagner und Sven Skoda übernommen wurde, ist nach dem NIT Hamburg

das dienstälteste Infotelefon der Neonaziszene in der Bundesrepublik.

Die „Kameradschaft“ ruft dazu auf, „nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Revolution (zu) leben“ und bezeichnet Juden „als Deutschlands größten Feinde“. Sie verfügt über zwei Homepages im Internet, führt landesweite Veranstaltungen der „Freien Kameradschaften“ durch, organisiert Konzerte vor Ort und sorgt durch martialisches Auftreten auch schon einmal dafür, dass städtische Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus abgesagt werden müssen. Seit Jahren ist die Gruppe auf nahezu allen neonazistischen Demonstrationen und Veranstaltungen in Deutschland und in den Niederlanden anzutreffen.

Rechtsrock-Strukturen, also Bands, Vertriebe, Fanzines und Labels sind in Düsseldorf und dem Umland ebenfalls in Hülle und Fülle vorhanden. Es gibt mit „Power Station“ sogar einen Szeneplattenladen, der von dem ehemaligen Republikaner Bernd Buse geleitet wird und in dem mit Elke Assmann auch ein Mitglied der Kameradschaft Düsseldorf beschäftigt ist. Von Düsseldorf und Langenfeld aus leiten Torsten Lemmer und Andreas Zehnsdorf einen der bundesweit größten Rechtsrock-Vertriebe (MZ-Vertrieb) sowie mit „Funny Sound“ eines der wichtigsten Labels. Hier ist auch der ehemalige Landesvorsitzender der Hamburger Jungen Nationaldemokraten, Jan Zobel, beschäftigt. Zobel ist heute Chefredakteur und presserechtlich Verantwortlicher von „Rock Nord“, dem auflagenstärksten Rechtsrock-Magazin in Deutschland. Musik ist auch für die Düsseldorfer Neonaziszene zum wichtigsten Ideologieträger geworden. Mehrere Konzerte zum Beispiel mit Frank Rennie und „Angry Wolf“ bestätigen, dass diese Chance erkannt worden ist.

Es ist davon auszugehen, dass der Ausbau neonazistischer Strukturen in Düsseldorf weiter fortschreiten wird. Probleme, gewalttätig gegen „Volksfeinde“ vorzugehen hat die Szene sicherlich nicht. So ist auch einer der Täter, die im Juli 1996 ein Aussiedlerwohnheim anzündeten, in der „Kameradschaft“ zu finden. Mindestens zwei der heute noch aktiven Gruppenmitglieder nahmen 1992 und 1993 am „kanackenfreien Freitagstraining“ des Deutschen Hochleistungskampfkunstverbands teil, derjenigen Solinger Kampfsportschule, in der auch drei der vier Personen trainierten, die am 29. Mai 1993 bei dem Brandanschlag in Solingen fünf türkische Frauen und Mädchen töteten.

Pierre Briegert

Grauzone

Im falschen Boot

Der rechte Hofgeismarkreis in Leipzig meldet sich mit einer neuen Homepage zurück.

Um den Hofgeismarkreis, der sich 1992 als Rechtsableger der Leipziger Jusos gegründet hatte, war es still geworden. Die schlummernde Existenz seit Mitte der 90er Jahre schien einer faktischen Auflösung gleichzukommen. Auch die SPD und ihre Nachwuchsorganisation in der Messestadt gingen davon aus, der rechte Zirkel, der bundesweit für negatives Aufsehen sorgte, habe sich erledigt. Jetzt steht der Kreis vor einem Neuanfang, heißt es zumindest auf seiner Homepage, die im Juni ans Netz ging und inhaltlich an Bekanntem anknüpft.

Die Gruppe, die sich auf den gleichnamigen Kreis in der Sozialdemokratie der 20er Jahre beruft, begrüßt die Web-Surfer mit dem Juso-Logo und dem Schriftzug „Junge Sozialdemokraten für Deutschland“. Zum Kurs der Partei geht sie jedoch auf Distanz: Die „SPDler“ verzichteten auf „Nationale Identität“ und zeichneten sich durch eine „aus mangelndem historischen Bewusstsein fließende Unfähigkeit“ aus. Die Juso-Spitzen tummelten sich „zwischen Marx, Engels und Lenin“. Der Bundesvorsitzende des gescholtenen SPD-Nachwuchses, der Bochumer Benjamin Mikfeld, findet bereits die Formulierung Junge Sozialdemokraten ärgerlich, mit der die Hofgeismarer den Titel Jungsozialisten in der SPD vermeiden. Mikfeld: „Frühere Bundesgeschäftsführer der Partei haben diese Bezeichnung mehrfach für unzulässig erklärt.“

Mit der „Nationalen Identität“ greift der Hofgeismarkreis einen Schlüsselbegriff der Neuen Rechten auf. Weitere programmatische Schwerpunkte weisen in dieselbe Richtung: „Die amerikanisierte Multikultur“ lehnen die Autoren „schroff“ ab („Wir wollen einen Kulturaustausch, aber keinen Kulturbrei“), sie fordern die Trennung Europas von „amerikanischer Aggressionspolitik“ und die Auflösung der NATO. Gegen ein „Europa der Nationen“ habe man nichts einzuwenden, umso mehr gegen „EURO-Wahn und Globalisierungsprogramme“, und bevor Europa zusammenrücken könne, müssten der „nationale Stolz“ und das „nationale Selbstvertrauen“ gestärkt werden. Im Internet sind auch die Ausgaben des „Politischen Rundbriefes“ der

Gruppe abrufbar. Als Autoren treten neben den Protagonisten des Kreises der Ökorechte Baldur Springmann und Rolf Stolz, ehemals stellvertretender Sprecher von Mechttersheimers Friedenskomitee 2000, auf. Autorin ist zudem Elfriede Fink, die auch für die „Junge Freiheit“ (JF), „wir selbst“ sowie „Ökologie“, das Organ der Unabhängigen Ökologen Deutschlands, zur Feder gegriffen hat.

Erhebliche Sympathie lässt die Homepage für die Connection um Alfred Mechttersheimer erkennen. Zur Deutschland-Bewegung sowie zur Deutschen Burschenschaft bestehen die bislang einzigen Links der Seite. Beiden Organisationen ständen die Hofgeismarer „in manchen Punkten ideologisch sehr nahe“, nicht aber in allen, heißt es sicherheitshalber im Vorspann der Links. Den Verweis auf die Mechttersheimer-Seite illustrieren die Homepage-Macher mit einem längeren, unkommentierten Zitat, in dem der Ex-Grünen-Bundestagsabgeordnete vor der Politik „fremder Mächte“ warnt, „die alles, was deutsch ist, demontieren wollen“. An anderer Stelle äußert sich die Homepage freundlich über die „Junge Freiheit“, die sei schlicht eine „verfassungstreue Zeitung“, in der schließlich auch Christdemokraten, Liberale und Grüne schrieben.

Der Hofgeismarkreis hat sich als Startpunkt für mindestens zwei ultrarechte Karrieren erwiesen. Sascha Jung, Kopf des Kreises und maßgeblich an der Homepage beteiligt, stieg zum Pressesprecher der extrem rechten Münchner Burschenschaft Danubia auf. Hervorgetreten ist er als Autor von „wir selbst“ und der „Deutschen Annalen“ des rechts-extremen Druffel-Verlags. Bereits im Februar 1994 hatte die Bundesschiedskommission der SPD gegen Jung und den ebenfalls im Hofgeismarkreis aktiven Harald Heinze eine einjährige Ämter Sperre erlassen. Der Kölner Bernhard Knapstein, der im Rheinland einen Ableger des Kreises ins Leben rief (in einem Werbeschreiben formulierte er als Motto: „Solidarität mit der deutschen Volksgemeinschaft“), avancierte zum Bundesvorsitzenden der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, die inzwischen so weit nach rechts gedriftet ist, dass sich die Mutterorganisation Anfang des Jahres von ihr getrennt hat. In der JF-Sonderbeilage zum fünfjährigen Bestehen als Wochenzeitung erschien im Januar vergangenen Jahres auch eine Glückwunschadresse Knapsteins: Ohne die JF, so schreibt er, „wäre ich noch heute beim bloßen burschenschaftlichen Kneipen und Fechten haften geblieben. Deutschland aber, Deutschland verlangt mehr von uns.“

Thomas Pfeiffer

Verfassungsschutz**Gewalt als Politik**

NPD-Anhänger sind in Thüringen vielfach in Straftaten verwickelt.

Mit spektakulären Anschlägen macht die rechtsextreme Szene in Thüringen Schlagzeilen: zu Ostern sollte die Synagoge in Erfurt, an Pfingsten ein islamisches Gebetshaus in Gera niedergebrannt werden. Das Oberlandesgericht Gera verurteilte jetzt zwei junge Männer, davon einer aus dem Umfeld der NPD, wegen des versuchten Brandanschlags in Erfurt zu drei Jahren und zwei Jahren und drei Monaten Haft. Auch wegen des Anschlags in Gera sind NPD-Anhänger ins Visier der Ermittlungsbehörden geraten. Nach Mitteilung des Landesverfassungsschutzes soll ein Großteil der insgesamt 1.118 von Rechtsextremen begangenen Straftaten im vergangenen Jahr NPD-Sympathisanten zuzuordnen sein. Angestiegen sind neben den rechtextremistisch motivierten Straftaten um 5,1 Prozent auch die Körperverletzungsdelikte auf 38 (1998: 25) Vorfälle. Allein in den ersten drei Monaten in diesem Jahr wurden 12 Personen durch Rechtsextreme verletzt. Von den ermittelten 1.020 Tatverdächtigen war nach Angaben des Verfassungsschutzberichts für 1999 der überwiegende Teil (62,5 Prozent) noch keine 20 Jahre alt; 10,6 Prozent waren weiblich. Das rechtsextreme Personenpotenzial in Thüringen ist im Berichtszeitraum auf 1.520 (1998: 1.350) angewachsen, der Zuwachs erfolgte ausschließlich im militanten und neonazistischen Spektrum. Der aktuell 350 Personen umfassenden Skinhead-Szene wird „eine Tendenz zur Organisation“ bescheinigt. Neben Blood&Honour (B&H), die seit 1997 über eine Thüringer Sektion verfügten, bietet demnach die mit B&H verbandelte White-Youth-Bewegung, der 100 Skinheads zugerechnet werden, einen „Organisationsansatz“. Einen Zuwachs um 60 auf jetzt 260 Mitglieder konnte auch die NPD für sich verbuchen. Personell eng verwoben mit der Partei ist der militante „Thüringer Heimatschutz“ (THS) mit etwa 120 Anhängern, der jüngst mit der Gründung eines Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen unter Führung des THS seine Ausdehnung vermeldete. Nach dem kläglichen Abschneiden bei den Landtagswahlen im Herbst dümpeln die Republikaner mit nur mehr 190 Mitstreitern vor sich hin. Die DVU konnte nach amtlichen Erkenntnissen ihren Mitgliederstand mit 220 halten. (G.N.)

Aktivitäten**Unfreiheit der Kunst**

Rechte machen mobil gegen ein unliebsames Theaterstück.

Seit Monaten sorgt das Theaterstück „Corpus Christi“ des US-amerikanischen Dramatikers und Pulitzerpreisträgers Terrence McNally vor allem in Baden-Württemberg für Aufruhr in der rechten und religiös-fundamentalistischen Szene. Verschiedene rechte Kleingruppen und Miniparteien wie die Deutschen Konservativen (DK), die Deutschland-Bewegung, die Christliche Mitte (CM) und die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) beteiligen sich an den Aktivitäten gegen das Stück.

Die Proteste gegen das dreistündige Theaterstück, das im vergangenen Jahr in Heilbronn uraufgeführt wurde, setzten allerdings erst spät ein. Zunächst weitgehend unbeachtet konnten die Heilbronner Schauspieler unter anderem Jesus und seine Jünger als trinkfreudige Homosexuelle auf der Bühne in Szene setzen. Anfang April demonstrierten auf dem Heilbronner Kiliansplatz 1000 Gegner des Stücks, etwa 700 davon syrisch-orthodoxe Christen. Initiator und Hauptredner war der 67-jährige Pfarrer Winfried Pietrek aus dem Umfeld der Deutschen Konservativen. Er forderte „Deutschland muss wieder christlich werden“ und sah „Antichristen sich in Deutschland breit machen“. Pietrek mutmaßte, dass „Menschen mit Stücken wie „Corpus Christi zur Homosexualität verführt werden sollen“. Der Druck auf die bereits auslaufende Heilbronner Inszenierung nahm in Folge der Kundgebung weiter zu. Es gab sogar Bomben- und Morddrohungen, die dann zu einer Solidarisierung anderer Theater führten. Es folgten Gastspiele in Weimar, Hamburg, Tübingen, Kassel und Freiburg.

Gegen die Christliche Mitte ermittelt seit kurzem die Freiburger Staatsanwaltschaft. Anlass ist ein vor der Freiburger Aufführung verteiltes Flugblatt, in der Homosexuellen eine „unreife, egozentrische und infantile Persönlichkeit“ vorgeworfen wird, sie seien „Neurotiker und Sklaven pervertierter Sex-Sucht“. Der Regionalbeauftragte der „Deutschland-Bewegung“ für Stuttgart, Helmut Krüger, difamierte das Stück als „Schmierentheater“. Die Deutschen Konservativen schalteten dazu in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ eine ganzseitige Anzeige mit der Schlagzeile „Nach Hitler, Stalin, Ulbricht und Honecker - Fanatiker missbrauchen Weimar schon wieder“.

Sönke Braasch

Ausland

Rassisten-Show im TV

Die militante World Church of the Creator hat sich als eine der wichtigsten rechts-extremen Gruppen der USA etabliert.

Die World Church of the Creator (WCOTC) und ihr Pontifex Maximus Matt Hale beschäftigen weiterhin die amerikanischen Gerichte und Medien gleichermaßen. Nachdem das Oberste Gericht von Illinois die Verweigerung des Bundesstaates, Hale aufgrund seiner politischen Überzeugungen eine Anwaltslizenz zu erteilen (vgl. BNR 2/2000) bestätigt hatte, lehnte es nun der Oberste Bundesgerichtshof (US Supreme Court) ab, das Verfahren wieder aufzunehmen. Das Gericht folgte der Argumentation von Hales Anwalt Robert Herman nicht, dass der Staat Illinois das Recht seines Mandanten auf freie Meinungsäußerung einschränke. Damit ist Hales Rechtsweg in dieser Angelegenheit ausgeschöpft, aber auch die fortwährende Präsenz der WCOTC in den Medien gesichert, die der Pontifex Maximus geschickt zur Propaganda für sich und seine Gruppe auszunutzen weiß. So geriert Hale sich in den von ihm frequentierten Talkshows gerne als Opfer der „jüdisch dominierten“ US-Justiz und vergleicht seinen Fall mit den Prozessen der McCarthy-Ära.

Zur gleichen Zeit diskutiert das Parlament von Illinois erstmals darüber, rechtliche Beschränkungen gegen rechtsextreme Propaganda einzuführen. In direkter Reaktion auf die WCOTC, deren Hauptquartier Hales Wohnsitz in Preoria, Illinois ist, und dem Amoklauf des WCOTC-Mitglieds Benjamin Smith vom Juli 1999, bei dem zwei Menschen umkamen, wurde bereits ein sogenanntes „hate speech“ Gesetz verabschiedet. Hiernach können Äußerungen, die zu einem sogenannten „hate crime“, also einer Straftat mit rassistischem oder antisemitischem Hintergrund aufrufen, mit bis zu \$10000 Strafe oder bis zu drei Jahren Haft geahndet werden.

Die andauernden Auseinandersetzungen scheinen die „Weltkirche des Schöpfers“ geradezu zu beflügeln. Seit dem erwähnten Amoklauf von Benjamin Smith vor einem Jahr, der Matt Hale zu nationaler Prominenz verhalf, haben sich die Aktivitäten der WCOTC von 41 auf 76 lokale Gruppen erweitert, die sich auf 25 US-Bundesstaaten er-

strecken. Außerdem unterhält die „Kirche“ 16 sogenannte „Gefängnisgemeinden“ - ein Anstieg von nur drei vor einem Jahr - und ist in fünf Ländern außerhalb der USA aktiv. Des Weiteren hat die WCOTC mit der Gründung zweier sehr gut organisierter Frauengruppen, der „Sisterhood“ und der „Women's Frontier“, eine signifikante Lücke im amerikanischen Rechtsextremismus geschlossen.

Nach Angaben der „Washington Post“ resultierte der personelle Zulauf auch in erhöhter öffentlicher Präsenz. So veranstaltete die WCOTC in den vergangenen zwölf Monaten 20 öffentliche Veranstaltungen und Märsche und verteilte ihre Propaganda in 28 Kommunen in elf Bundesstaaten. Zum einjährigen Todestag von Benjamin Smith, der nach dem Blutbad Selbstmord beging, ist im Sommer ein amerikaweiter „Ben Smith literature blitz“ geplant.

Seit Anfang Juni produziert die WCOTC auch eine neue Fernseh- und Radioshow. „White Revolution“ kann wöchentlich über Kabelfernsehen in Illinois und Indiana empfangen werden. Seit dem 20. Juni kann außerdem in Phoenix, Arizona die einstündige „Matt Hale Show“ gehört werden. Damit hat sich die WCOTC neben der National Alliance von William Pierce als die wichtigste rechtsextreme Gruppe in den USA etabliert. Ihr Konzept, mit regional begrenzten Aktionen und Shows nationale Schlagzeilen zu machen, ist voll aufgegangen. In keinem Fall darf übersehen werden, dass die Ideologie der WCOTC, die auf den Gründer Ben Klassen zurückgehende sogenannte „Creativity“-Ideologie, die denkbar krudeste Form von Rassismus und Antisemitismus predigt und die Anwendung von Gewalt zur „Rückeroberung“ des „jüdisch okkupierten Amerika“ ausdrücklich empfiehlt. In diesem Sinne ist auch Matt Hales Presseerklärung zu verstehen, die er als Reaktion auf die Revisionsverweigerung des Supreme Court an alle großen amerikanischen Tageszeitungen verschickte: „Ich erkläre heute, dass diese Regierung illegitim ist und keine Autorität über uns rassische Loyalisten hat, die frei sind nach ihrem Gewissen jede Maßnahme zu ergreifen die sie als notwendig erachten diese Tyrannei zu bekämpfen. Die heutige Entscheidung des Supreme Court hat diese Nation an den Rand einer zweiten amerikanischen Revolution gestoßen. Wenn die erste Revolution gerecht war, so wird es auch die zweite sein um das Bestandsrecht unserer Rasse zu schützen. Jeder Tropfen Blut der ab heute vergossen wird, wird an den Händen derjenigen kleben, die uns heute so fundamentales Unrecht zugefügt haben.“

Thomas Grumke

Demokratische Initiativen**Ein Held im Stillen**

Der Gefängnispfarrer Harald Poelchau wagte sein Leben, um zu helfen.

Stilles Heldentum wird im Gedächtnis der Menschen schlechter bewahrt als spektakuläre Untaten. Blutrichter Freisler hat selbstverständlich in jedem anspruchsvolleren Nachschlagewerk sein Stichwort. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Pädagoge Adolf Reichwein, einer der Köpfe des antifaschistischen Widerstandes, hingerichtet am 29. Oktober 1944, wird im 34-bändigen Bertelsmann-Lexikon von 1996 nicht einmal mehr erwähnt. Wer spräche noch von Persönlichkeiten wie Schindler oder HAPAG-Kapitän Schröder, die Hunderte von Juden unter Einsatz des eigenen Lebens vor dem Holocaust retteten, hätten nicht publikumswirksame Hollywood-Filme einem Millionen-Publikum ihre Taten auf nicht immer faktengetreue Weise anschaulich gemacht? Einer der bescheidenen und unauffälligen „Gerechten unter den Völkern“, wie sie in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem genannt werden, ist Harald Poelchau. In Berlin-Marzahn gibt es seit ein paar Jahren einen S-Bahnhof, der seinen Namen trägt, weil der alte, der des Ex-DDR-Innenministers Karl Maron, getilgt werden sollte. Aber man frage einen beliebigen Bahnhofsbenu-tzer, woher die Bezeichnung kommt. Er wird antworten: „Nach der Straße vor dem Bahnhof, die auch so heißt.“

Harald Poelchau war der evangelische Gefängnis-pfarrer von Tegel und Plötzensee. Helmut James Graf von Moltke - als Initiator des Kreises, der auf seinem Gut Kreisau ab 1942 evangelische und katholische Nazigegner zusammenführte, schon im Januar 1944 verhaftet - beschreibt ihn seiner Frau Freya voller Bewunderung: „Da ist dieser unglaubliche Mann, Pfarrer im Gefängnis Tegel, der mit den zum Tode Verurteilten die letzte Nacht vor der Vollstreckung des Urteils verbringt und sie am nächsten Morgen zur Hinrichtung begleitet. Er tut das häufig, denn das Gefängnis ist voller Menschen, die aus politischen Gründen zum Tode verurteilt sind. Er ist ein heiterer, ganz unfeierlicher Mann, zum Lachen aufgelegt. Wie hält man solch ein Leben aus?“ Freya von Moltke hat Poelchau und seine Familie damals selbst kennen gelernt und ist mit ihm bis seinem Tode 1972 in Kontakt geblieben. Er war als Schüler des Religionsphilo-

sophen Paul Tillich ein religiöser Sozialist und Antinazi aus innerster Überzeugung. Alle, die ihn kannten, heben vor allem die Ausstrahlung seiner starken Persönlichkeit, die Selbstverständlichkeit hervor, mit der er anderen half.

„Er war so ganz und gar das Gegenteil von salbungsvoll“, schreibt Freya von Moltke. „Er hatte eine nüchterne völlig unsentimentale Art, und in seinen sehr blauen Augen saß Heiterkeit.“ Der langjährige Chef und Dirigent des Berliner Barockorchesters, Konrad Latte, der im Krieg mit seinen Eltern aus Breslau nach Berlin gekommen war und ausgerechnet hier unter falscher Identität leben und als Musiker arbeiten wollte, erhielt bei seinem Eintreffen als ersten Tipp von einer Bekannten, die den Quäkern angehörte: „Gehen Sie zu Poelchau, wenn überhaupt einer raten und helfen kann, dann er.“ Latte erzählt: „So führten unsere ersten Schritte in der Stadt freiwillig ins Gefängnis, wo wir ohne Probleme in Poelchaus Zimmer kamen. Er war ernsthaft, entschlossen, präzise und sachlich. An ihm war so gar nichts Pastorales, ein heiterer Mann, aber eine absolute Autorität. Poelchau wusste, was geht und was nicht geht und sprach das offen und deutlich aus.“

Doch Ratschläge waren nur das eine. „Poelchau war dauernd damit beschäftigt, gefährdeten Menschen zu helfen, zum Beispiel jüdische Menschen zu verstecken“, heißt es in einem Brief, den Freya von Moltke 1985 aus den USA über in schrieb. „In ihren Verstecken musste man dann auch helfen, sie zu ernähren. Sie hatten ja keine Karten und Marken, auf die allein es Lebensmittel gab. Daher bat er uns immer um Brotmarken und entbehrliche Lebensmittel. Als wir begannen, in Kreisau ErbsenfeldmäÙig anzubauen, schickten wir Poelchau mehrfach Säcke voller Erbsen, die er dann an seine Schützlinge verteilte. Rückschauend erscheint es mir wenig, was wir in dieser Hinsicht taten.“ Aber Poelchau kannte viele Adressen und sammelte unablässig. Zu den Empfängern gehörten auch die Lattes, die als „Nichtexistente“ praktisch völlig mittellos waren. Er besorgte Lebensmittelkartenabschnitte, Naturalien, Geld und sogar Papiere.

Auch den Gefangenen konnte Poelchau Tag für Tag Wurst, ein Ei, etwas Käse oder Honig zustecken. Als er denunziert worden war, er gehe immer mit seiner vollen Aktenmappe in die Zellen und kehre mit einer leeren zurück, riss er das Futter seiner Jacke ein Stück auf und versteckte die Mitbringsel zwischen Tuch und Futter. Bei aller materiellen

Not: wichtiger waren die Nachrichten, die er überbrachte. Nachdem Helmuth von Moltke nach Tegel verlegt worden war, vermittelte Poelchau einen fast täglichen „wunderbaren Briefwechsel“ zwischen ihm und Freya. „Ich kann nicht beschreiben, was das damals für mich bedeutete“, erinnert sich die Gräfin in ihrem Brief. Eigentlich bestand ein Verbot für Pfarrer, die Gefangenen zu besuchen, deren Haft mit dem 20. Juli zusammenhing. Aber er entschloss sich, dieses Verbot zu ignorieren.

Poelchau konnte sein Werk bis Kriegsende fortsetzen. Viele Nächte verbrachte er noch bei den Totgeweihten, die mit ihm zu sprechen wünschten und die ihm Grüße und Botschaften auftrugen, von denen er keine unausgerichtet ließ, auch wenn es manchmal bis nach dem Kriegsende dauerte. Über religiöse Fragen, sagte er einmal, habe er nur dann geredet, wenn die Verurteilten das wünschten. Er habe ihnen eine christliche Abendmahlsfeier angeboten. Fast alle seien ruhig zur Hinrichtung gegangen und gestorben, bereit, das Leben für ihre Sache zu lassen. Zu denen, die Poelchau seelsorgerisch und menschlich betreute, gehörte auch Graf Schenk von Stauffenberg. Moltke, der am 23. Ja-

nuar 1945 hingerichtet wurde, sah er am Morgen des Todestages zum letzten Male.

Nach dem Krieg ging Poelchau als Gefängnispfarrer in Ruhestand. Nicht alle seine Träume erfüllten sich. Er bot im Osten an, das Gefängniswesen neu zu ordnen, kam aber mit den dort Zuständigen nicht unter einen Hut. Danach widmete er sich im Westen der Sozialarbeit, gründete und betreute ein „Haus der Industriejugend“. „Aber man hat wohl nicht begriffen, was man an diesem Menschen hatte“, meint Konrad Latte, der stets mit ihm in enger Verbindung blieb. „Gewiss, er wurde eingeladen, in Israel einen Baum zu pflanzen, und es gab auch andere Ehrungen, internationale Kontakte und Verpflichtungen. Aber auf die Idee ... ihm ein maßgebliches politisches Amt zu übertragen, kam man nicht. Jedoch genau das wäre für Deutschland nützlich gewesen.“ Ein S-Bahnhof, eine Straße, eine nach ihm benannte Schule erinnern noch an Harald Poelchau. Aber ist das genug? Ist sein Leben nicht ein Lehrstück für jeden, das gar nicht gründlich genug studiert werden kann: Helfen, Aufrecht bleiben, Mensch sein, auch wenn es Mut und vielleicht Opfer fordert.

Ralf Bachmann

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten.

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn

Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn

Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM als Spende überweisen.

☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name Vorname

Adresse

Telefon privat dienstlich Fax

Beruf/Funktion Geburtsdatum

Verein/Verband etc.

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert:

Ort, Datum Unterschrift

Demokratische Initiativen**Verfolgte Minderheit**

Das 1990 eingerichtete Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (kurz: Dokumentationszentrum) in Heidelberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, die 600-jährige Geschichte dieser Minderheit in Deutschland zu dokumentieren. Ein Schwerpunkt liegt auf der historischen Aufarbeitung des Holocausts an den Sinti und Roma, der jahrzehntelang aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurde.

Dazu hat das Dokumentationszentrum jüngst eine CD-Rom mit dem Titel „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ erstellt.

Im Mittelpunkt stehen die Biografien der von den Nazis verfolgten Sinti und Roma, deren Schicksal in zahlreichen Bild-, Ton- und Textdokumenten dargestellt wird. Dabei werden die menschenverachtenden Dokumente der Täter bewusst mit den Berichten der Überlebenden und ihren Familienbildern konfrontiert, um die Lebensrealität der Sinti und Roma sichtbar zu machen.

Der inhaltliche Aufbau folgt dem chronologischen Ablauf der Ereignisse in den Jahren 1933 bis 1945: von der Entrechtung und Ausgrenzung aus nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens über die Deportationen in die Ghettos und Konzentrationslager im besetzten Polen zu Beginn des Krieges bis zum systematischen Völkermord.

Ab Frühjahr 1943 rollten die Deportationszüge mit Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Über 500 000 Sinti und Roma wurden im nationalsozialistisch besetzten Europa umgebracht, darunter mehr als 20 000 aus Deutschland.

In die CD-Rom eingefügtes unterschiedliches Kartenmaterial zeigt die Verfolgungsgeschichte in den einzelnen von der Wehrmacht besetzten Ländern auf. Eine tabellarische Chronologie ermöglicht eine exakte zeitliche Einordnung der Ereignisse.

In einem umfangreichen lexikalischen Verzeichnis werden außerdem zentrale Begriffe aus der NS-Zeit (von der „Aktion 1005“ bis zum „Zweiten Weltkrieg“) erklärt und die Lebensdaten zeitgenössischer Personen aufgeführt.

Zu der CD-Rom gehört auch eine etwa 20-minütige vertonte Filmcollage, die dem Benutzer eine ver-

ständliche Zusammenfassung des Themas bietet und bei der Verwendung der CD-Rom im schulischen Bereich sowie in der außerschulischen Bildungsarbeit sicherlich den Einstieg in die Thematik erleichtern wird.

Die vom Dokumentationszentrum erarbeitete CD-Rom zum Holocaust an den Sinti und Roma will nicht nur die systematische Aufklärung und Dokumentation des NS-Völkermordes fortsetzen, sondern auch einen Beitrag gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf die Dauerausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“, die im Dokumentationszentrum zu sehen ist. Ein gleichnamiges Buch von Romani Rose, dem Vorsitzenden des 1982 nach jüdischem Vorbild gegründeten Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, ist 1995 erschienen.

Anton Maegerle

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg, Tel. 06221/981102, Fax 981190.

Rose, Romani (Hrsg.): Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, 190 Seiten, Heidelberg 1995, ISBN 3-929446-01-4

Hinweis

Berlin - In der Veranstaltungsreihe „Lebenszeugnisse“, die gemeinsam vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Literaturforum im Brecht-Haus durchgeführt wird, berichtet am 1. September die in Basel lebende Gymnasiallehrerin Dorothee Fliess über ihre Erlebnisse. Frau Fliess, die in Berlin als Tochter eines bekannten jüdischen Rechtsanwalts aufwuchs, musste von Juni 1941 an als kaum 20-Jährige bei der Firma Ehrlich & Graetz in Berlin-Treptow Zwangsarbeit verrichten. Am 29. September 1942 konnte sie gemeinsam mit ihren Eltern und anderen Verfolgten, insgesamt waren es 14 Personen, durch eine spektakuläre Rettungsaktion in die Schweiz gelangen. Initiator des „Unternehmens 7“ war Hans von Dohnanyi, der seit Herbst 1939 im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht arbeitete und ab 1941 einige wenige von der Deportation bedrohte Menschen ins neutrale Ausland zu bringen suchte.

1. September 2000 um 20.00 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, 10115 Berlin.

Grauzone**Geisterbeschwörung**

Die „Neue“ Rechte hatte die Bedeutung der Erringung kultureller Hegemonie zur Erringung der politischen erkannt. Und beließ es bei der Erkenntnis. Eine Generation später hat sich eine Jugendkultur von rechts herausgebildet, die auf einen „Rechtsextremismus als Lifestylesyndrom“ (Bernd Wagner) setzt..

Die Präsenz von Bands der extremen Rechten bei Szenefestivals wie dem jährlichen Wave/Gotik-Treffen in Leipzig unterstreicht, dass der Einfluss der extremen Rechten in den Jugendkulturen längst über die Skins hinausreicht. Entstanden aus dem rebellisch-anarchischen Gestus des Punk und seinem kommerzialisierten Folgeprodukt New Wave, ist diese Musikszene heute in diverse Stilrichtungen zersplittert. Teile haben sich in Richtung der extremen Rechten entwickelt, den ursprünglichen antibürgerlichen Anspruch mit einem extremen Elitedenken verbindend.

Kaum ein Wochenende vergeht, da nicht ein Konzert mit einschlägigen Bands stattfindet. Anders als bei Skinkonzerten reagieren die Behörden kaum, denn der ideologische Gehalt ist schwerer zu entschlüsseln, lässt sich nicht über eine reine Textanalyse leisten. Hilflosigkeit vor Ort ist häufig die Konsequenz.

Bei den Skinheads ist inzwischen die Neonazi-Fraktion tatsächlich hegemonial geworden. In der schwarzen Szene der Grufties haben sich jedoch Gegenkräfte herausgebildet, die Aufklärungsarbeit leisten und an einer Gegenbewegung arbeiten, um ihre Kultur nicht kampfflos preiszugeben.

Ein Resultat ist die Broschüre „Die Geister die ich rief...“ der „Grufties gegen rechts“. Wichtige Bands, Zeitschriften und Verlage werden analysiert und die ideologischen Grundlagen untersucht. Dabei entsteht ein Panorama diverser Verbindungen bis in die Heiden- und Esoterikszene sowie in die „Neue“ Rechte hinein. Zauberlehrlinge wollen die „Grufties gegen rechts“ nicht sein. Ob sie die Geister, die die Szene selbst gerufen hatte, werden verjagen können, wird die Zukunft zeigen. Die vorliegende Broschüre ist ein nützlicher und informativer Beitrag dazu.

J.C.

Grufties gegen Rechts Bremen: „Die Geister die ich rief...“, c/o Kulturzentrum Schlachthof, Findorffstr. 51, 28215 Bremen, 83 S., 5 DM

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15.Jg., Nr. 28-30/2000: Mangelndes Nationalbewusstsein wirft JF-Chefredakteur Dieter Stein deutschen Politikern vor - „entortete Schwätzer, die keine Ehre am Leib haben“. Sie würden „ständig an die Besserung ‘der Deutschen’ appellieren“ und wollten „gleichzeitig, dass das ‘Deutsche’ und das ‘Volk’ verschwindet“ (28/00). JF-Autor Volker Kempf will, dass „die nach dem Zweiten Weltkrieg tabuisierten Identitätsressourcen ‘Volk’ und ‘Nation’ wieder erschlossen werden“ (29/00). Fatalerweise hätten auch die „bürgerlichen Kräfte in Deutschland endgültig den Kampf um die nationale Identität verloren gegeben“, wie die bayerische Initiative zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte zeige, kritisiert JF-Autor Paul Rosen (28/00). Arbeitskräfteanwerbung, Geburtenrückgang und der Gesetzesentwurf zur Gleichstellung von homosexuellen Gemeinschaften zeugten davon, dass „der Staat der Deutschen ... Geschichte werden“ solle, beklagt der Autor im nächsten Heft (29/00). Vor den sozialen und politischen Kosten von Zuwanderung, die ethnische Konflikte sowie das demografische Problem noch verschärfe, warnt Alexander Behrmann. „Gegen den Willen des Volkes“ werde „in Deutschland das Tor zu noch mehr Einwanderung aufgestoßen“ (28/00). Das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Zwangsarbeiterentschädigung bewertet Ivan Denes als „milliardenschwere Unwahrheit zu Lasten des Steuerzahlers“ (29/00). Ähnlich sieht das Dieter Stein, für den das unterzeichnete Abkommen „die willkommene Einladung an clevere Anwälte (ist), Deutschland noch viele, viele Male zu melken“. Aus stehe zudem die Entschädigung „deutscher Zwangsarbeiter, die von Westalliierten oder der Sowjetunion, Tschechoslowakei und Polen versklavt wurden“ (30/00). In dem Bericht über eine Pressekonferenz von Horst Mahler und Franz Schönhuber am 12. Juli in Berlin zur Vorstellung ihres gemeinsamen Machwerks „Schluss mit deutschem Selbsthass“ ist der Wunsch spürbar nach den „besseren Zeiten“, in denen sich Personen wie Mahler und Schönhuber „endlich auf staatsmännischem Parkett, statt in verrauchten Hinterzimmern bewegen können“ (30/00). Im Wortlaut dokumentiert die JF die Rede des umstrittenen Historikers Ernst Nolte, die dieser bei der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung am 4. Juni in München gehalten hat (30/00). (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Elmshorn** - Neonazis haben erneut gegen den IG-Metall-Funktionär Uwe Zabel Morddrohungen verbreitet. Auf mehreren in Elmhorner Stadtteilen in Form eines Steckbriefes geklebten Plakaten wurde wiederum ein Kopfgeld in Höhe von 10 000 Mark gegen Zabel ausgesetzt. Bereits im Frühjahr war Zabel ins Visier von neonazistischen Anti-Antifa-Aktivitäten geraten. Die Polizei ordnete für den Gewerkschafter Personenschutz an.

■ **Frankenberg** - Michael Nier (Frankenberg/Sachsen), bis 1990 Professor für dialektischen und historischen Materialismus („wissenschaftlichen Kommunismus“) an den DDR-Hochschulen Dresden, Karl-Marx-Stadt und Mittweida und zuletzt Vorzeigeeintellektueller und Spitzenkandidat der NPD bei der Wahl zum Europäischen Parlament, rückt neuerdings mit deutlichen Worten von seiner Partei ab. In einem Offenen Brief (undatiert) bekennt Nier, Gründungsinitiator des Arbeitskreises „Sozialisten in der NPD“: „Ich persönlich sehe mich gegenwärtig nicht in der Lage, meinen ehemaligen Kollegen und Genossen aus der DDR die NPD als neue politische Heimat zu empfehlen.“ Die NPD, so jetzt die Erkenntnis von Nier, Autor in rechtsextremen Zeitschriften wie „Nation&Europa“ oder „Opposition“, sei „niveaulos und reaktionär“. Einzelnen NPD-Mitgliedern wirft er ein „biologisches Menschenbild“ vor, das im Dritten Reich geherrscht habe. Nier warnt schließlich: „Kurz, ich sehe die Gefahr, dass Teile der NPD eine rassistische Fundierung der Politik anstreben und damit eine Wiedergeburt eines grandios gescheiterten politischen Programms.“

■ **Frankenthal** - Christian Hehl (30) ist aktueller Interviewpartner des braunen Gefangenensblatts „Der Weiße Wolf“, einem „Rundbrief für Kameraden“ (Internet-Ausgabe). Der Neonazi, seit März vergangenen Jahres rheinland-pfälzisches NPD-Landesvorstandsmitglied und derzeit in der JVA Frankenthal inhaftiert, ruft dazu auf, „die Bundesregierung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung anzuzeigen.“ Hehl, der nach Eigenbekunden seit „elf Jahren in der nationalen Bewegung“ aktiv ist, engagiert sich auch bei Blood&Honour. Sein größter Wunsch ist jetzt, „ein Mädel zu finden, das mich liebt und bereit ist, diesen steinigen Weg, den ich gewählt habe, zu gehen“.

■ **Leipzig** - Dem sogenannten Esoterischen Hitleismus verpflichtet, fühlt sich neuerdings wohl die „Sachsenstimme“, das Organ des sächsischen NPD-Landesverbandes. In einem Artikel wird behauptet, dass ein „Angriff des Deutschen Reiches“ zum bis heute nicht geklärten Untergang des Fährschiffes Estonia am 28. September 1994 geführt habe. Dabei wurde „der harte Kern der Weltdiktatur-Aktivist*innen exterminiert“. Der „Sachsenstimme“ zufolge soll auf der Estonia ein geheimes Freimaurer-Treffen mit „271 anonymen Reisenden“ stattgefunden haben. Durchgeführt wurde der Anschlag mit „Strahlungswaffen“ von reichsdeutschen Ufos. Derartiges ideologisches Gedankengut hat seit der Veröffentlichung des zweibändigen Werkes „Geheimgesellschaften“ von Jan van Helsing (=Jan Udo Holey) sowohl in rechtsextremen als auch esoterischen Kreisen Konjunktur.

■ **Ludwigshafen** - Vier Skinheads aus Ludwigshafen und Frankenthal haben den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim am 16. Juli in Ludwigshafen, bei dem drei Kinder verletzt wurden, gestanden. Gegen die rechten Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren wurde Haftbefehl erlassen. Zwei von ihnen, Steffen S. und Andreas W. werden der Hooligan-Szene des Vereins SV Waldhof Mannheim zugerechnet. Als Drahtzieher des braunen Fanblocks des SV Waldhof Mannheim gelten die militanten Neonazis Ronnie Reimer und Christian Hehl, Gründer der 1997 entstandenen örtlichen Hooligan-Gruppe „The Firm“. Erkenntnissen des Bundesinnenministeriums zufolge wurde bei Spielen des SV Waldhof Mannheim versucht, rechtsextremistischen Material von NPD und Jungen Nationaldemokraten unter den Fans zu verteilen. Der Fußballverein ignoriert seit Jahren die braunen Umtriebe im Stadion.

■ **München** - Im Rundbrief der revanchistischen „Gemeinschaft Deutscher Osten“ (mit dem Untertitel „Staatstragender Zusammenschluss volks- und reichstreuer Deutscher“), die regelmäßig mit Inseraten in den „HNG-Nachrichten“ vertreten ist, wird vor den Rechtsextremisten Manfred Roeder und Wolfgang Juchem gewarnt. Beide seien „Vaterlandsverräter“. Weiterhin wird die Gescholtenen vorgeworfen, dass Roeder ein „umgedrehter Verräter“ und Juchem ein „schräger Vogel“ sei.

■ **Neustadt-Glewe** - Etwa 250 Teilnehmer waren beim diesjährigen „Signal-Pressesfest“ des Rechtsextremisten Manfred Rouhs am letzten Juni-Wochenende in Neustadt-Glewe in Mecklen-

burg-Vorpommern vor Ort. Als Referenten traten Rouhs, Klaus Sojka (Ex-DVU-Spitzenfunktionär), Peter Dehoust (Mitherausgeber von „Nation&Europa“), der Publizist Claus Nordbruch und Frank Renniecke, der zugleich als Sänger amtierte, auf. Musikalisch wurde Renniecke von dem „Liedermacher Jens“ von der Skinband „Sturmwehr“ unterstützt. Vor Ort war auch Thorsten Thomsen, Pressesprecher von „Bündnis Rechts Lübeck“ und zuvor Funktionär der BFB-Jugendorganisation Junge Freiheitliche, der für den neonazistischen „NIT Blitz“ über die Veranstaltung berichtete.

■ **Oberhausen** - In der aktuellen Ausgabe der „Nordischen Zeitung“, dem Organ der rassistischen „Artgemeinschaft“, wird mit antisemitischem Vokabular gegen die „christliche Zeitrechnung“ polemisiert, die dem Artikel zufolge „zu Ehren eines vorderasiatischen 'Heilsbringers' eingeführt“ wurde, dessen „Vorstellungen und Lehren nicht mit den Auffassungen unserer Vorfahren und den Menschen unserer Art übereinstimmen.“ Besonders verwerflich sei der „un-artige“ Spruch „Guter Rutsch“ (ins neue Jahr), da dieser aus dem Land, „wo 'Milch und Honig' fließt“, aus Israel, stamme. Autor des Artikels „Gedanken zur Jahreszahl '2000'“ ist der Neonazi Jürgen Mosler aus Oberhausen, einst FAP-Generalsekretär und zuvor Kader der Kühnen-treuen ANS/NA.

■ **Paderborn** - Eine „Lehr- und Forschungsgemeinschaft“ mit dem Namen „Europa Erbe“ haben einstige Kameraden der Waffen-SS und „engagierte Forscher“ der „militärhistorischen Forschung“ aus Dänemark, den Niederlande, der Schweiz und der Bundesrepublik Anfang Juli gegründet. „Europa Erbe“ ist mit einem „ansehnlichen wirtschaftlichen Grundstock“ ausgestattet und soll „Forschungsbereiche auf den Gebieten Militärhistorik, Kultur, Architektur, Frühgeschichte, Brauchtumskunde, Archäologie, Technik, Literatur und Film unter einer Dachorganisation“ vereinen. Ins Leben gerufen wurde „Europa Erbe“ auf der Wewelsburg bei Paderborn. Die Wewelsburg war von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS, als weltanschauliches Zentrum der SS konzipiert und sollte Teil einer großen SS-Siedlung werden. Über die Aktivitäten von „Europa Erbe“ soll künftig in der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ berichtet werden.

■ **Schwelm** - Thorsten Crämer, NPD-Landesvorstandsmitglied in Nordrhein-Westfalen, sitzt in Untersuchungshaft. Crämer, der auch NPD-Stadtrat in

Schwelm ist, wird vorgeworfen, an dem gewalttätigen Überfall von 15 Rechtsextremisten am 9. Juli auf die Teilnehmer einer Gedenkkundgebung am Mahnmahl des KZ-Kemna in Wuppertal-Beyenburg beteiligt gewesen zu sein. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei konnte noch am Tatort vier Rechtsextremisten festnehmen; diese beschuldigten den NPD-Funktionär der Tatbeteiligung. Crämer, der dem Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten angehört, wurde daraufhin am 13. Juli verhaftet und befindet sich nach Auskunft der Wuppertaler Staatsanwaltschaft noch hinter Gittern.

■ **Stuttgart** - Auf eine neue Parteigründung arbeitet derzeit Martin Pape (72) hin. Der einstige Initiator der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei besitzt Erfahrung im Gründen mehr oder minder erfolgloser rechtsextremer Organisationen. Zuletzt trat Pape, erfolglos, im vergangenen Jahr als Spitzenkandidat der Bürgernahen Patrioten zur baden-württembergischen Kommunalwahl in Stuttgart an. Davor führte er die 1990 gegründete Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei. Vorübergehend fungierte Pape in der Vergangenheit auch als kommissarischer Landesvorsitzender der Unabhängigen Arbeiterpartei in Baden-Württemberg. Die erste Partei, der Pape angehörte, war die NSDAP: „Ich jedenfalls schäme mich nicht“, so Pape 1994 in seinem Hausblatt „Deutscher Standpunkt“, „weil ich Mitglied der NSDAP war“. Gesucht werden nun für das neueste Projekt des einstigen Berufsschullehrers „Interessenten, echte Patrioten, die Deutschland in eine gute Zukunft führen wollen und jede Spinnerei und den Isolationismus ablehnen“, heißt es in der aktuellen Ausgabe des „Deutschen Standpunkt“.

■ **Stuttgart** - Die baden-württembergischen Republikaner haben wegen ihrer Überwachung durch den Verfassungsschutz den Verwaltungsgerichtshof angerufen. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte im Mai eine von den Republikanern angestrebte entsprechende Klage gegen ihre Beobachtung abgewiesen. Dagegen legte die rechtsextreme Partei jetzt Berufung ein.

■ **Villingen-Schwenningen** - Jürgen Schützinger, geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), ist wieder unter die Parteigründer gegangen. Mit weiteren Gesinnungskameraden hat der einstige NPD-Spitzenfunktionär eine Deutsche Friedenspartei (DFP) ins Leben gerufen; geschäftsführender Vorsitzender ist

Schützinger. Der Partei, die lediglich über einen Bundesvorstand, jedoch über keine Landesverbände verfügt, gehören neben anderen Hans Autenrieth, Wolfgang Derm, Kurt Niewiem, Ursula Niewiem, Karl Däschner und Joachim Dunkel an. Alle Vorstandsmitglieder sind als Mitglieder oder Sympathisanten der DLVH bekannt.

Ausland

■ **Italien (Jesolo)** - Jörg Haider und seine FPÖ erhalten zunehmend symbolische Unterstützung durch die italienische Lega Nord. Die nahe Venedig gelegene Stadt Jesolo ernannte Haider Anfang Juli zum Ehrenbürger. Haider sei, so Bürgermeister Renato Martin (Lega Nord), ein „großer Kommunikator“. In der Nähe des Rathauses kam es zu einer Straßenschlacht mit Gegendemonstranten. Ebenfalls Anfang Juli 2000 stattete eine 150 Personen umfassende Delegation der Lega Nord aus Vicenza den Freiheitlichen in Kärnten einen Besuch ab, wo sie in Klagenfurt von führenden FPÖ-Politikern, darunter der Landesgeschäftsführer der Partei Kurt Scheuch, empfangen wurde. In den Augen des Lega-Chefs Umberto Bossi ist die Kritik an der österreichischen Regierung und besonders der FPÖ ein Beleg für einen umfassenden Angriff „der politischen Linken und großen Machtkartelle gegen all jene Kräfte, die sich für Regionalismus und Selbstbestimmungsrecht einsetzen“.

■ **Schweiz (Bern)** - Der NPD-Verbindungsmann Stephan Göbeke-Teichert (29) reist seit Wochen durch die Schweiz, um Mitglieder zu rekrutieren. Als Kontaktmann von Göbeke-Teichert in der Schweiz fungiert mit Roger Wüthrich (39) ein bekannter Rechtsextremist aus Bern. Wüthrich war 1987 Gründer der Wiking Jugend Schweiz, nachdem er zuvor der Nationalen Aktion angehörte. Göbeke-Teichert war Ende der 90er Jahre bundesdeutscher Repräsentant der 1996 gegründeten Nationalen Initiative Schweiz (NIS). Er vertrieb über eine Postfachanschrift in Neuburg an der Donau den „Morgenstern“, das Polit-Zine der NIS. Inzwischen nutzt Göbeke-Teichert seine zahlreichen Kontakte in der Schweiz zugunsten der NPD. Das Potenzial an Sympathisanten beziffert der NPD-Aktivist auf 800 Personen. Nach Informationen der Schweizer Zeitung „SonntagsBlick“ droht dem Schriftsetzer nun eine Einreisesperre.

■ **Tschechien (Prag)** - Vladimir Skoupy, Vorsitzender der im April dieses Jahres vom tschechischen Innenminister verbotenen Neonazi-Truppe

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 15-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Narodni alliance (Nationale Allianz), ist aus einem Prager Gefängnis entlassen worden, nachdem er Anfang Juni unter anderem wegen Aufhetzung zu rassistisch motiviertem Hass zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war (BNR 13/2000). Skoupy, der auf einer Neonazi-Kundgebung am tschechischen Nationalfeiertag am 28. Oktober letzten Jahres den Holocaust öffentlich geleugnet hat, versprach vor seiner Haftentlassung, nicht wieder rückfällig zu werden. In den 90er Jahren stand Skoupy wegen brutaler Angriffe auf Roma zweimal vor Gericht, wurde aber nur in einem Fall als damals Minderjähriger zu einer Strafe mit Bewährung verurteilt.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

OPS GmbH, Heike Rose

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto